

2 Einfache Wahrheiten oder verdeckte Lügen?

Theo Waigels Interview in der FAS illustriert die Harmonie von Medien und Politik

Von Hermann Patzak

"Magische Momente der Weltgeschichte" *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*,
14.04.2019, Nr. 15, S. 21 (Auszug)

2.1

FAS: Sie waren Akteur bei der deutschen Einheit wie der Euroeinführung. Lief das alles ohne Fehl' und Tadel aus heutiger Sicht?

TW: Was wir nicht gewußt haben vor der Wiedervereinigung, das war, wie schlimm es um die ostdeutsche Volkswirtschaft stand und wie bankrott der Staat²³ war.

HP: Hat TW das Buch von Werner Obst: „Der rote Stern verglüht“ nie gelesen oder einfach ignoriert? Der hatte doch das Elend der DDR-Wirtschaft im Detail beschrieben, z.B. daß ihre Produktivität nur 40 Prozent der BRD-Wirtschaft betrug. Und Franz Josef Strauß hatte die DDR kurz zuvor mit westdeutschen Geldern vor dem Konkurs bewahrt. Ganz vergessen? Und was sagen die FAS- Interviewer: Georg Meck und Bettina Weiguny? Kennen sie beide Sachverhalte auch nicht? Oder lassen sie Gnade vor Recht ergehen?

2.2

FAS: Bundeskanzler Helmut Kohl hat von bald erblühenden Landschaften geschwärmt.

TW: Die sehe ich, wenn ich durch Ostdeutschland fahre. Hätten wir die Menschen damals gefragt: Seid Ihr bereit, für die Einheit 2,5 Billionen Mark zu bezahlen? Da hätte uns niemand - außer den klugen F.A.Z.-Lesern vielleicht - unterstützt.

HP: 2,5 Billionen DM (Euro-Zahlen in DM umgerechnet)? Egal wie solche Beträge berechnet wurden, diese Zahlungen waren doch nur notwendig geworden, weil man die DDR Wirtschaft nicht aufgebaut, sondern dem Globalkapital zum Fraß vor die Füße geworfen hatte. Natürlich mußte sich dann auch das westdeutsche Kapital an der weltweiten Versteigerung durch die Treuhand (welch sinnentstellender Name) beteiligen. Und auch die klugen FAZ-Leser wissen bis heute noch nicht, daß es auch ganz anders gegangen wäre, ja anders gehen hätte müssen. Es hat sich bis heute auch kein einziger deutscher Ökonom gefunden, darauf hinzuweisen. Wie dieses „anders“ funktioniert hätte, werden wir gleich aufzeigen.

2.3

FAS: So haben Sie den Leuten etwas vorgegaukelt?

TW: Nein! Wir haben allerdings den Ostdeutschen den Offenbarungseid erspart, das war vielleicht ein Fehler. Soll mir heute niemand mit Ostalgie kommen, da war nichts gut in der DDR.

HP: Wie hätte denn dieser Offenbarungseid ausgesehen? Zugeben, daß ihr Produktivvermögen nicht viel wert war, aber die Wirtschaftskraft eines Landes kommt nicht nur

aus dem Faktor Kapital, sie beruht auch auf dem Faktor Arbeit! Von wegen da war nichts gut in der DDR.

Da war sehr wohl etwas Gutes da! Nämlich das kostbarste Gut, das eine Volkswirtschaft haben kann: Das Humankapital! Die bestens ausgebildeten Facharbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler. Aber der Wert der DDR-Volkswirtschaft wurde nur an den vorhandenen Industrieruinen (veralteten Maschinen, überholte Produktionstechnik, planwirtschaftliche Organisation) gemessen. Das war die Meßlatte des Globalkapitals, die sich allein an der momentanen Rendite orientierte. Die etablierten Politiker vom Format eines Theo Waigel oder eines Helmut Kohl und wie sie alle heißen, hatten und haben noch heute keine Ahnung, welche Schäden sie anrichteten, als sie die Forderung Francois Mitterrands akzeptierten, die deutschen Grenzen für das internationale Kapital zu öffnen. Ihr ökonomischer Horizont reichte doch nur zu der vagen Erkenntnis, daß es die freie Marktwirtschaft schon richten werde, so wie den Wiederaufbau der Wirtschaft in Westdeutschland nach dem Krieg und das schafften die Westdeutschen damals allein. Kein ausländischer Investor hatte ein Interesse, in den Aufbau der Bombenruinen zu investieren. Das mußten die Westdeutschen allein schaffen. Und es gelang ihnen in kürzester Zeit. Das westdeutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) überstieg bereits 1958 das französische und zwei Jahre später das britische BIP. Um wieviel mehr wären wohl das BIP und damit das Volkseinkommen in Mitteldeutschland gestiegen, wenn das in Westdeutschland vorhandene Kapital und das organisatorische Wissen in den Aufbau und die Modernisierung der vorhandenen Industrie-, Handwerks- und Handelsbetriebe geflossen wären? Das war doch die große Befürchtung der Siegermächte des Westens!

2.4

FAS: Die deutsche Einheit war eine einmalige historische Gelegenheit, und wir hatten nur ganz wenig Zeit, gut ein Jahr, mehr nicht. Ohne Michail Gorbatschow hätten die Russen nicht mitgespielt.

TW: Richtig. Nur mit ihm im Kreml hatten wir eine Chance. Im August 1991 war Gorbatschow schon wieder weg.

HP: Die FAS legt Waigel die Antwort in den Mund. Man kannte Theo Waigels Buch und wußte genau, was er antworten würde. Doch an der kurzen Antwort Waigels ist einiges richtig zu stellen:

Da ist zunächst die Lüge vom kurzen Zeitfenster für die Wiedervereinigung. Tatsache ist, daß die Sowjetunion sich nicht nur aus der DDR zurückziehen mußte, sondern aus allen osteuropäischen Ländern! Und die konnte Rußland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ja auch nicht wieder unter seine Knute zwingen. Uns deshalb das Märchen aufbinden zu wollen, daß wir die Wiedervereinigung ganz allein der Tüchtigkeit der westdeutschen Politiker-Elite verdanken, ist ein offenkundiges Lügenmärchen. Es erfüllt nur einen Zweck: die Deutschen glauben zu lassen, daß sie die Wiedervereinigung ganz allein der Tüchtigkeit der westdeutschen Politiker-Elite verdanken. Doch die Wirklichkeit und damit die Wahrheit ist eine ganz andere: Die Wiedervereinigung war von den deutschen Führungspolitikern aller Bundestagsparteien schon längst abgeschrieben worden. Willi Brandt hatte sie als „Lebenslüge der Nation“ bezeichnet und Helmut Kohl hatte sie einen „blühenden Unsinn“ genannt. Sie wurden durch den friedlichen Aufstand der Deutschen in Mitteldeutschland auf dem falschen Fuß erwischt. Nur dem damals aktuellen Wahlkampf in der BRD war ihr abrupter Meinungswechsel geschuldet, der aus dem blühenden Unsinn zu „blühenden Landschaften“ mutierte (Helmut Kohl) und der Willi Brandt sagen ließ „jetzt wächst zusammen, was zusammen ge-

hört“. Ein Verhalten, für das man später den Begriff „Wendehälse“ für jene Zeitgenossen in der DDR prägte, die es verstanden, ihre politische Karriere in den entsprechenden westdeutschen Parteien und anderen politischen Organisationen reibungslos fortzusetzen.

2.5

T. Waigel, nachdem die Wiedervereinigung unter Dach und Fach war: „In kürzester Zeit war Deutschland vereint, ganz Deutschland war Teil von Nato und EU“.

HP, hierzu ist zu sagen: Die Bedingung der USA, daß das wiedervereinigte Deutschland Mitglied der Nato bleiben müsse, war nur der erste Schritt zur Ausdehnung dieses Militärbündnisses bis an die Grenzen Rußlands. Das hat nicht nur den weltweit erhofften Friedensprozeß unterminiert und neue Konflikte entfacht, wie den Serbien-, Kosovo- und Ukrainekrieg. Diese Bedingung wirft auch ein bezeichnendes Schlaglicht auf das durch die Monroe-Doktrin (1823!) verdeckte wahre Motiv der amerikanischen Außenpolitik: die Imperialpolitik! Die Amerikaner haben mit dieser Bedingung zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Sie verhinderten, daß sich Deutschland gänzlicher ihrer Einflußsphäre entziehen konnte und schwächten gleichzeitig ihren bereits geschwächten damaligen Erzfeind im Kampf um die Weltmacht zusätzlich.

2.6

In der Folge stellten die FAZ-Interviewer eine Reihe von Fragen, die Theo Waigel (und den Interviewern selbst) die Möglichkeit boten, ihr in 30 Jahren aufgebautes selektives Weltbild zu den Hintergründen der Wiedervereinigung gegenseitig zu bestätigen.

FAS: Wie wichtig war das persönliche Verhältnis zwischen Kohl und Gorbatschow für die Einheit?

Waigel lobte die Fähigkeit Helmut Kohls, bei bedeutenden politischen Gesprächen immer eine persönliche Note einfließen zu lassen. Auf diese Weise habe er auch das Vertrauen Gorbatschows gewonnen. Nachdem er seine Vorstellungen zur Wiedervereinigung vorgetragen hatte, stellte Gorbatschow nur zwei Bedingungen für die Wiedervereinigung: Keine Kernwaffen und keine ausländischen Truppen auf DDR- Gebiet.

HP: Daß diese Bedingungen Gorbatschows sich eigentlich an die USA richteten und deshalb von Deutschland so gar nicht eingehalten werden konnten, schien weder Kohl noch Gorbatschow in der von Waigel geschilderten „geselligen Runde“ klar gewesen zu sein. Waigel jedenfalls hält dieses weitgehende Entgegenkommen Gorbatschows anscheinend heute noch für eine wesentliche Ursache, warum Gorbatschows bald danach gestürzt wurde. Die Schilderungen Theo Waigels belegen jedenfalls klar und deutlich, daß freundschaftliches und gegenseitiges Verständnis allein nicht ausreichen, politische Gegensätze und Vorurteile aus der Welt zu räumen, wenn andere Mitspieler in der Weltpolitik ihre langfristig gepflegten Animositäten weiterhin hartnäckig pflegen. Und die hatten alle drei westlichen Siegermächte. Daß Theo Waigel diese Tatsache nicht unterschlägt, gereicht ihm zur Ehre und soll deshalb an dieser Stelle ausdrücklich vermerkt werden. So erzählt er frei weg, daß Gorbatschow anläßlich Kohls letztem größer gefeiertem Geburtstag ihm anvertraut hatte, wie Mitterrand und Thatcher versucht haben, ihn von der deutschen Einheit abzuhalten. Ein Faktum, das aus den Geschichtsbüchern nicht mehr gelöscht werden kann, aber heute allzugern übergangen wird,

2.7

FAS: Der Preis für die Einheit war die Einführung des Euro, um die Deutschen einzuhegen.

TW: Nein, an dieser Legende stimmt gar nichts, auch wenn manche **Historiographen** das wieder und wieder behaupten. Denen gegenüber habe ich einen entscheidenden Vorteil: Ich war dabei. Und das ist sein Beweis: „Als ich im April 1989 als Finanzminister antrat, habe ich den Delors-Bericht zur Währungsunion schon auf dem Tisch vorgefunden, die Einheit hat damals noch niemand vorhergesehen. Schon rein zeitlich passt das nicht“.

HP: Historiographen? Welch häßliches Wort. Eigentlich heißen sie Historiker, und sie haben in dieser Sache auch Beweise für ihre Behauptung, nicht nur die Erzählungen von einer Person, die dabei war. Doch welche Logik hat Waigels Beweisführung? Natürlich wollten die Franzosen die DM **schon lange vor der Wiedervereinigung eliminieren**, glaubten doch ihre Politiker, daß sie die Ursache für die Stärke der deutschen Volkswirtschaft wäre. Als sich die Wiedervereinigung – die für sie ein Schock war und die sie auch nicht wollten – dann so schnell anbahnte, nutzten sie diese als geeigneten Hebel, ihr Ziel jetzt durchzusetzen, das zuvor von der Deutschen Bundesbank und den die Politik beratenden deutschen Ökonomen als lächerliche Zumutung abgelehnt worden war. Die so plötzlich akut gewordene Wiedervereinigung ließ sie nämlich befürchten, daß die Mitteldeutsche Wirtschaft einen vergleichbaren Wirtschaftsaufschwung nehmen könnte wie die BRD nach dem Krieg, wodurch das wiedervereinte Deutschland ökonomisch noch weit mächtiger würde als der Teilstaat Westdeutschland. Und das wollten sie unter allen Umständen verhindern. Deshalb verlangte Frankreichs Staatspräsidenten Mitterrand die Öffnung der deutschen Wirtschaft für das internationale Kapital von Helmut Kohl als Gegenleistung für seine Zustimmung zur Wiedervereinigung. Dadurch erhielten die internationalen Investoren nicht nur den Zugriff auf die marode DDR - Wirtschaft, der Euro machte den Weg auch frei für den Zugriff auf die von der DM nicht mehr geschützte westdeutsche Wirtschaft: Mit der Einführung des Euro (1999) begann dann auch der Aufkauf der westdeutschen Unternehmen im großen Stil und die gesamte deutsche Wirtschaft taumelte in ihre größte Rezession nach dem Zweiten Weltkrieg.

2.8

FAS: Für Sie ist der Euro eine Frage von Krieg und Frieden.

TW: Länder, die eine gemeinsame Währung haben, kämpfen nicht gegeneinander.

HP: Welch ein Unsinn. Dann hätten die Jugoslawienkriege (1991-2001) nie stattfinden dürfen, dieser Vielvölkerstaat zerbrach trotz der gemeinsamen Währung. Und auch den amerikanischen Sezessionskrieg (1861-1865) hätte es nie geben dürfen. Dessen eigentliche Ursache war nämlich gerade die gemeinsame Währung! Die Nordstaaten hatten empfindliche Zölle auf alle Importe durchgesetzt, um die eigenen Produzenten vor allem vor den Billigimporten aus England zu schützen. Dagegen lehnten sich die Südstaaten auf, die diese billigen Importe gegenüber den Produkten aus den Nordstaaten bevorzugten.

2.9

FAS: Warum aber braucht das Friedensprojekt Europa unbedingt eine gemeinsame Währung - gegen alle ökonomischen Einwände?

TW: Der Euro ist auch ökonomisch notwendig. Wir wären mit der D-Mark ein Spielball des Dollars und des Renminbis.

HP: Daß wir mit der DM ein Spielball des US-Dollar und des chinesischen Renminbi geworden wären, ist blanker Unsinn: Der US-Dollar hatte gegenüber der DM seit 1952 ständig abgewertet oder anders gesagt, die DM hat ständig aufgewertet. In der Zeit von 1970-1995 (ein viertel Jahrhundert) stieg der Wert 1 DM von 0,27 US-Dollar auf 0,70 US Dollar, also um 154 Prozent. Die DM war also 2,5 mal so viel wert! Die deutschen Unternehmen und Konsumenten kauften deshalb von Jahr zu Jahr im Ausland billiger ein, die Amerikaner dagegen mußten jedes Jahr mehr zahlen. Die Deutschen wurden dadurch reicher, die Amerikaner ärmer! Der Wertanstieg der DM spiegelte die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wieder. Das angloamerikanische Finanzkapital konnte sich den Aufkauf deutscher Unternehmen immer weniger leisten. Das war insbesondere den angloamerikanischen Finanzinvestoren zum stetig wachsenden Ärgernis geworden. Auch deshalb mußte die DM verschwinden, nicht nur aus Sicht der politischen Eliten Frankreichs! Und der Euro brachte sogleich die erwartete Wirkung. Während die DM Jahr für Jahr gestiegen war (jährlich um 6,17 Prozent), ist der Euro in den 20 Jahren seit seiner Einführung sogar gefallen: von 1,18 US Dollar auf 1,13 US Dollar (Durchschnittswert 2019). Seitdem sind die rentabelsten deutschen Unternehmen aller Größenordnungen von der globalkapitalistischen Internationale aufgekauft worden, und ein Ende dieser Aufkäufe ist auch heute noch nicht absehbar! Der chinesische Renminbi spielte damals überhaupt keine Rolle. Erst jetzt, wegen des schwindsüchtigen Euro, können sich auch chinesische Investoren attraktive deutsche Unternehmen „unter den Nagel reißen“.

Theo Waigel legte auf diese - für einen deutschen Finanzminister schon sehr blamable - Aussage dann noch eine Schippe drauf, als er sagte:

Schon die Finanzkrise hätten wir mit 30 einzelnen Währungen nie überstanden. In Deutschland hätten wir heute eine Aufwertung der Mark, die wäre verheerend für die Wirtschaft.

HP: Waigel spricht von 30 einzelnen Währungen, mit denen wir die Finanzkrise nicht überstanden hätten. Doch, als die Finanzkrise Europa erreicht hatte (2008), gab es gerade einmal 12 Euro - Länder! Erst nach 2014 ist ihre Anzahl um weitere 6 Euro-Länder gestiegen. Daß die FAZ Redaktion solchen Unsinn veröffentlicht, spricht auch nicht für eine Zeitung, von der man einmal sagte, daß hinter ihr immer ein kluger Kopf stünde. Doch Waigel toppt seinen peinlichen Fehler noch, wenn er sagt, daß wir (diese 12 Euro-Länder) die Finanzkrise ohne den Euro nicht überstanden hätten. Die Fakten beweisen das Gegenteil: Es gibt in der ganzen Welt kein einziges Land, das diese Krise bis heute nicht überwunden hat, nur in Europa haben wir zwei Länder, die heute noch nicht wieder ihr Volkseinkommen vor der Finanzkrise erreicht haben: Die Euro-Länder Griechenland und Italien!

Auch die Behauptung, daß eine Aufwertung für die deutsche Wirtschaft verheerend gewesen wäre, widerspricht den Fakten und der deutschen Wirtschaftsgeschichte: Die deutsche Wirtschaft hatte unter der DM über ein halbes Jahrhundert hinweg trotz stetiger Aufwertung immer Exportüberschüsse erzielt und ist gewachsen und alle Volksschichten sind dadurch wohlhabender und reicher geworden. Das hat sich erst mit dem Euro gründlich geändert!

2.11

FAS: Die FAS Redakteure nahmen die Behauptung Waigels, daß wir ohne den Euro eine Aufwertung mit verheerenden Folgen für die Wirtschaft hätten, unwidersprochen hin, wandten aber dagegen ein, daß wir dafür heute das Geld für Euro - Rettungspakete ausgeben. Woraufhin Waigel konterte, daß die Notenbanken in der Zeit vor dem Euro 300 Mrd. Dollar ausgeben mußten, um ihre schwächeren Währungen zu stützen.

HP: Egal, ob sich diese 300 Mrd. Dollar für Stützungskäufe auf die ominösen 30 einzelnen Währungen bezieht, von denen er zuvor gesprochen hat oder auf die 12 Euro-Länder, dieser Vergleich ist völlig daneben.

Vor dem Euro mußten nämlich die Schwachwährungsländer für diese Stützungskäufe ihrer Notenbanken selbst aufkommen und jetzt müssen alle Euro-Länder mit den sog. Euro - Rettungspaketen für diese Länder dafür aufkommen! Den Löwenanteil von ca. 27 Prozent müssen die Deutschen schultern. Und gerade ihnen hatten Theo Waigel und Helmut Kohl nach Unterzeichnung der Euro-Verträge zugesichert, daß sie nie und nimmer für die Schulden anderer Mitgliedsländer haften würden! Von den Target-Krediten ganz zu schweigen, die sich bei der Deutschen Bundesbank angesammelt haben, für die die deutschen Steuerzahler letztendlich auch haften, und die bei Vertragsunterzeichnung nicht einmal die verantwortlichen ökonomischen und juristischen Berater der politischen Macher kannten, von den Politikern selbst ganz zu schweigen.

Waigels weitere Behauptung, daß der Euro diese Länder diszipliniert habe, wird von allen Euro - Ländern widerlegt, deren Schulden heute nach wie vor weiter ansteigen, zu ihnen zählen auch die zweit- und drittgrößte Euro-Volkswirtschaft Frankreich und Italien. Der Euro hat insbesondere Italien nicht diszipliniert, sondern ruiniert, weshalb die Italiener auch zu Recht gegen ihn aufbegehren.

2.12

FAS: Der von Ihnen unterzeichnete Maastricht-Vertrag besagt: Kein Euro-Staat haftet für den anderen. Gegen diese Bail-out-Regel wird permanent verstoßen, das Geld für die Rettungspakete sehen wir nie wieder.

TW: Falsch, die Länder werden die Kredite mit Zinsen zurückzahlen, wir zahlen nichts. Was haben wir nicht alles an Garantien und Bürgschaften gegeben? 100 Milliarden DM allein an die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, 50 Milliarden an Länder in Mittel- und Osteuropa. Das Geld haben wir zurückbekommen.

HP: Waigel behauptet schlicht weg, daß die überschuldeten und zahlungsunfähigen Euro-Länder ihre Kredite mitsamt den Zinsen zurückzahlen werden. Sein Beweis: Deutschland habe für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und andere Staaten Osteuropas Bürgschaften abgegeben, und **„Das Geld haben wir zurückbekommen. Auch die Griechen begleichen ihre Schulden“**.

Hierzu ist festzustellen, daß ein Bürge zunächst einmal für einen Schuldner nur haftet und nur dann zahlen muß, wenn der Schuldner seiner Verpflichtung nicht nachkommt. Das Zahlungsrisiko des Bürgen hängt also (1) von der Art und Höhe der Schuld ab und von den (2) Einnahmequellen ab, über die der Schuldner verfügt. Im Privat- und Wirtschaftsleben sind das Einkommen und Gewinn, beim Staat die Staatseinnahmen (überwiegend die Steuern. Hinzu kommt noch (3) eventuell verfügbares Vermögen, auf das zurückgegriffen werden kann.

Und nun behauptet Waigel, daß wir das Geld von den Ländern Osteuropas zurückbekommen haben. Ja haben wir denn damals überhaupt als Bürge einspringen und zahlen müssen? An wen und wofür hätten wir gezahlt? Fragen, die eigentlich die FAS Interviewer hätten stellen müssen.

Gehen wir einfach davon aus, daß Deutschland damals gezahlt und das Geld zurückbekommen hat, so bleibt trotzdem die Frage, ob ein Risiko-Unterschied zwischen den damaligen Schulden und den heutigen Schulden der Euro-Länder besteht. Die damaligen Schulden dürften wohl mit konkreten Belastungen infolge der Wiedervereinigung entstanden sein. Kann man aber solche Schulden aus einmaligem Anlaß vergleichen mit den Schulden, für die Deutschland jetzt haftet? Diese haben sich doch seit der Einführung des Euro (1999), also seit 2 Jahrzehnten kontinuierlich angehäuft. Allein in Ländern wie Griechenland und Italien sind sie bis heute weiter angestiegen, in den meisten anderen nur geringfügig gesunken. Und das in einer Zeit, da alle Volkswirtschaften in der Welt stetig und erheblich gewachsen sind. Wie wird sich die nächste Konjunkturdepression auf diese Euro-Länder auswirken, wenn die Volkseinkommen weltweit stagnieren oder sogar sinken? Die Schuldentilgung und Zinszahlung müssen ja aus den Steuereinnahmen bestritten werden, die in Krisenzeiten mit dem Volkseinkommen sinken.

Das alles sind Fakten und Einflußgrößen, die Theo Waigel – der ehemalige Finanzminister Deutschlands – einfach übergeht.

Die Behauptung Waigels, daß auch Griechenland seine Schulden begleichen wird, ignoriert die Tatsache, daß gerade die Griechen bereits bewiesen haben, daß sie das eben nicht können: Im Jahr 2012 mußten ihnen Schulden in Höhe von 105 Mrd. Euro erlassen werden! Das zumindest hätte Waigel als ehemaliger Finanzminister doch wissen müssen! Diese Verluste aus dem Schuldenerlaß trafen damals auch schon die Träger der Rettungskredite, also alle Euro-Länder und damit ihre Steuerzahler: Im Rahmen der sog. Rettungsschirme hatten sie nämlich die auslaufenden Kredite der ursprünglichen Gläubiger (Banken, Versicherungen) durch neue Kredite ersetzt, die ebenso wie alle anderen auch „geschröpft“ wurden. Das Beispiel Griechenland zeigt auch, daß die Schulden trotzdem weiter angestiegen sind wie zuvor. Das griechische Bruttoinlandsprodukt lag Ende 2018 immer noch 24 Prozent unter dem des Jahres 2007 bei einer Schuldenquote von 180 Prozent.

2.13

Auf die Feststellung der FAS, daß gegen das Bail-Out-Verbot des Maastricht-Vertrages permanent verstoßen wurde, entgegnete Waigel:

„Die No-Bail-Out-Regel ist wichtig, auch in Zukunft. Nur **reagieren die Märkte zögerlicher**, als ich gedacht hätte, wenn **einzelne Staaten den Pfad der fiskalischen Tugend verlassen**“

HP: Die Einhaltung der No-Bail-Out-Regel zu beachten war nie die Aufgabe der Finanzindustrie, sondern die Pflicht der Euro- und EU-Organen. Und die haben nichts unternommen, als die ersten Länder die Verschuldungsobergrenzen verletzten.

Der großzügige Geldverleih der Finanzinstitute in den ersten Jahren nach Einführung des Euro hatte eine ganz natürliche und marktwirtschaftliche Ursache: den Euro. Die Wirtschaft der ehemaligen Schwachwährungsländer war unmittelbar nach der Euro-Einführung schlagartig aufgeblüht, weil der Wert ihrer neuen Währung erheblich höher war als der ihrer alten Währung. Mit dem Euro konnte man von nun an im Ausland einkaufen, was zuvor unerschwinglich war, was aber auf längere Sicht der heimischen

Wirtschaft nicht gut bekam, weil sie weniger verkaufen konnte, auch im Ausland, weil der Euro die Exporte verteuert hatte. Den günstigen Einkauf im Ausland konnte man sich auch deshalb leisten, weil die Kreditzinsen mit dem Euro weit unter das Niveau zuvor gefallen waren, da mit dem Euro auch das Abwertungsrisiko für ausländische Gläubiger weggefallen war.

Wer in diesen Ländern damals investierte, konnte ruhigen Gewissens davon ausgehen, daß der Boom in diesen Ländern anhalten würde. Die Wachstumsraten Irlands, Griechenlands und Spaniens waren 7 Jahre lang (2001 - 2007) mehr als dreimal höher als in Deutschland!

Doch dann kam es plötzlich doch ganz anders: Die europäische Finanzindustrie hatte sich auch sehr stark in den USA engagiert und ihr Geld in verbrieft, aber ungesicherte Immobilienpapiere angelegt und schlagartig verloren, als der Schwindel aufkam. Das war der Auslöser für die weltweite Finanzkrise, die eine allgemeine Wirtschaftskrise auch in Europa zur Folge hatte und vor allem die boomenden ehemaligen Schwachwährungsländer traf. Mit dem wirtschaftlichen Einbruch sanken ihre Volkseinkommen und Steueraufkommen und das gefährdete die Rückzahlung der sicher geglaubten Kredite.

Jetzt drohte der europäischen aber auch der angloamerikanischen Finanzindustrie, die sich in Europa nach der Euro-Einführung stark engagiert hatte, ein weiteres Desaster. Die Geldhäuser beider Regionen hatten sich noch nicht wieder ganz von ihren Verlusten aus dem amerikanischen Wertpapiergeschäft erholen können, da drohte ihnen ein neuerlicher Crash, der noch größer hätte werden können, da auch die gesamte Weltwirtschaft die Krise noch nicht verdaut hatte. Das war der Grund, warum US-Präsident Obama und auch Englands Premier Gordon Brown bei Angela Merkel anriefen und sie mit deutlichen davon „überzeugten“, daß ein Austritt Griechenlands (und der anderen gefährdeten Länder) unter allen Umständen verhindert werden müsse. Und sie und die anderen Euro-Dogmatiker fanden die Lösung, den nächsten Finanzcrash zu verhindern und den Euro zu retten. Der Bruch des im Maastricht Vertrages durch die Eliminierung des No-Bail-Out-Gebotes erlöste das angloamerikanische Kapital und seine Politiker von ihren Sorgen und war Geburtsstunde der Euro-Rettungspakete. Und diese seit 2010 nicht mehr existierende No-Bail-Out Regel nennt Theo Waigel „wichtig, auch in Zukunft“?

2.14

Und wie reagierte die FAS auf die Antwort Waigels, daß die Finanzmärkte auf die Bail-Out-Regel anfangs nur zögerlich reagiert hätten? Sie erklärten dieses Verhalten mit der ausdrücklichen und spektakulären Versicherung des EZB - Präsidenten Mario Draghi der sagte, daß er den Euro stützen werde „was immer es kosten mag“ (whatever it takes).

TW rechtfertigte dessen Vorgehen damit, daß dies in dem Augenblick goldrichtig war, weil der den Spekulanten damit den Boden unter den Füßen weggezogen habe.

HP: Diese Ausführungen bedürfen einiger Richtigstellungen. Zuerst einmal müssen wir das Durcheinander des Interviews entwirren: Die No-Bail-Out Vorschrift trat mit Einführung des Euro in Kraft, also 1999. Die Zusicherung, den Euro zu retten, „was immer es kosten mag“, gab Draghi im Juli 2012, also 13 Jahre später. Der Einwand der FAS-Journalisten war also völlig deplaziert, was Theo Waigel offensichtlich gar nicht merkte. Er wies die Kritik mit dem stereotypen Argument zurück, daß die Garantie notwendig war, um Spekulationen gegen den Euro zu unterbinden.

Dazu ist zu sagen, daß es damals (2012) gar nicht mehr um Spekulanten gegen den Euro ging, denn die Finanzinvestoren wußten ja schon seit dem Frühjahr 2010 (Griechenland Rettung), daß die No-Bail-Out-Regelung von den Europa Politikern eliminiert worden war, um die Finanzindustrie und den Euro zu retten. Draghi ergänzte zwei Jahre später das Rettungsrepertoire um zwei weitere Werkzeuge: die Schuldenaufkauf durch die EZB und die Nullzinspolitik, die beide bis heute noch praktiziert werden. Dem stillschweigenden Bruch des No-Bail-Out Verbotes folgte somit die nächste Verletzung des Maastricht Vertrages, der die monetäre Staatsfinanzierung ausdrücklich verbietet. Dem EuGH genügte die windige Ausrede der EZB unter Leitung von Mario Draghi, daß der billionenschwere Aufkauf eine Maßnahme der Währungspolitik (zur Ankurbelung der Konjunktur) sei und damit keine Staatsfinanzierung, um die Klage gegen die Verletzung des Maastricht- Vertrages abzuschmettern. Dieser Vertragsbruch wurde weder von der FAZ, noch von Waigel angesprochen

2.15

Waigel, einmal in Fahrt gekommen, verteidigt dann gleich auch noch die Nullzinspolitik des Mario Draghi gegen den Vorwurf, daß die deutschen Sparer dadurch enteignet werden. Er erinnert, daß auch zu D-Mark-Zeiten der Realzins längere Zeit negativ war.

HP: mit dieser Ausrede geht er auf Dummenfang: Der ökonomische Laie wird diese Erklärung wahrscheinlich so hinnehmen, weil er mit dem Begriff „negativer Realzins“ nichts anzufangen weiß. Bringen wir also Licht in dieses Dunkel:

Negativer Realzins heißt, daß die Inflationsrate zu DM Zeiten größer war als die Sparszinsen oder in etwas anderer Definition: die Preise steigen schneller als die Realeinkommen. Diese Situation entstand aber nicht durch eine Nullzinspolitik der Bundesbank oder gar durch Kauf deutscher Staatsschuld-papiere, ganz im Gegenteil, trotz erheblicher Zinssatzerhöhung konnte die Bundesbank die Inflation nicht verhindern. Heute, im Falle der EZB, ist es aber so, daß die EZB mit der Nullzinspolitik und den Staatsschuldenaufkäufen versucht, krampfhaft eine Inflation zu erzeugen, was ihr aber nicht gelingt. Das ist also etwas ganz anderes: Die Inflationszeiten unter der DM konnte die Bundesbank nicht verhindern und damit auch nicht die sog. Enteignung der Sparer damals, aber heute wird die Enteignung der Sparer durch die Nullzinspolitik der EZB erst erzeugt. Ein gewaltiger Unterschied, den ein ehemaliger deutscher Finanzminister eigentlich kennen sollte. Im Übrigen haben sich die deutschen Sparer damals sehr wohl und gehörig über ihre Vermögensverluste infolge der Inflation aufgeregt! Aber, um es noch einmal zu betonen: diese Verluste entstanden nicht durch die Geldpolitik der Bundesbank (wie heute durch die EZB), sondern **trotz der Hochzinspolitik der Bundesbank**. Und das ist das große Ärgernis der Deutschen heute! Es ist auch eine klammheimliche regionale (oder zwischenstaatliche) Umverteilung von den Ländern, in denen man spart, zu jenen, die sich verschulden.

2.16

Auf die Frage, ob Waigel den jetzigen Bundesbankpräsidenten Jens Weidmann als EZB-Präsidenten befürworten würde, antwortet er, daß seiner Meinung nach der Posten Kommissionspräsident wichtiger wäre, was nicht bedeuten soll, daß er Weidmann nicht für geeignet halte. Aber – so schränkt er weiter ein –, daß er als EZB - Präsident nicht nur die deutschen Interessen vertreten dürfte.

HP: Mit dem Hinweis auf den angeblich wichtigeren Posten des Kommissionspräsidenten, versucht Waigel offenkundig der Frage ausweichen. Doch er hegt offenbar auch

Zweifel, ob Weidmann als EZB-Präsident dann auch die Interessen der anderen Euro-Länder und nicht nur der deutschen angemessen vertreten würde. Was eigentlich die Frage aufwirft, ob er diese Zweifel auch bei Mario Draghi, dem Italiener mit Ausbildung und Karriere bei Goldman Sachs hatte.

Fazit: Weder Theo Waigel wird den Ansprüchen gerecht, die man von einem deutschen Finanzminister erwarten kann, noch erfüllt die FAS (Ableger der FAZ), die Anforderungen, die man von einem deutschen Qualitäts- und Leitmedium verlangt.

© www.hpatzak.de

15.07.2019